

Ein Neues Sozialwort – wo sind die Verbündeten?

Friedhelm Hengsbach SJ, Ludwigshafen

Das Sozialwort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, das die beiden Großkirchen 1997 zu Beginn des heißen Wahlkampfs um Helmut Kohl und Gerhard Schröder veröffentlicht haben, war wohl eine Sternstunde der „Kirche in der Welt von heute“, und zwar aus zwei Gründen: Erstens ist der Veröffentlichung des Wortes ein Konsultationsprozess vorausgegangen, der die Einstellungen und Stellungnahmen der kirchlichen Gemeinden, Initiativen und Verbände an der Kirchenbasis, also des Kirchenvolkes aufgegriffen hatte, und in die auch die Meinungen der ihnen nahe stehenden gesellschaftlichen Akteure eingeflossen waren. Nach dem Eingeständnis eines Bischofs wäre das Wort ohne diese Konsultation anders ausgefallen. Zweitens war dieses Wort von Anfang an ökumenisch angelegt, in der Kombination mit der Konsultation ein einmaliger Vorgang, der nicht wiederholt wurde. Zumindest scheinen die katholischen Bischöfe den Prozess und das Ergebnis mehrheitlich als einen Betriebsunfall angesehen zu haben. Denn fünf Jahre später wurde ohne breite Beteiligung des Kirchenvolkes und ohne ökumenische Reichweite unter dem Schirm und Segen der katholischen Bischöfe ein Impulspapier mit dem Titel: „Das Soziale neu denken“ veröffentlicht, das eine harte Kritik am Sozialstaat enthielt, der zu teuer, auf Dauer nicht finanzierbar und überhaupt fehlgeleitet sei. Dieses Dokument hatten prominente Katholiken, Vertreter von Parteien, Unternehmen und ihrer Berater sowie kirchlicher Verbände verfasst. Der Text hätte auch vom Arbeitgeberverband stammen können.

Als das Gemeinsame Wort vor 14 Jahren veröffentlicht und vorgestellt wurde, war die Resonanz in der Gesellschaft ungewöhnlich groß. Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zitierten und kommentierten die ihnen zustimmungsfähigen Diagnosen. Über den politischen Erfolg des Dokuments jedoch sind die Urteile bis heute geteilt. Allerdings unterschied sich die unmittelbare Bewertung in der damaligen Zeit nicht grundsätzlich von dem heutigen Urteil aus der Rückschau. Von den Gewerkschaften und der damaligen Opposition wurde das Dokument positiv aufgegriffen und zitiert. Die konservativ-liberale Koalition dagegen blieb reserviert. Und die Kirchenmänner, die sich besorgt zeigten, das Sozialwort werde tot gelobt, gaben sich selbst Mühe, es totzuschweigen.

Hatte das Sozialwort eine politische Wirkung? Wenn ja, welche? Es trat in eine Zeit, da eine breite Stimmungslage in der Bevölkerung einen Überdruß an der Regierung Kohl signalisierte. Diese Strömung hat es verstärkt und so indirekt zur Ablösung der christlich-liberalen Regierung beigetragen. Anschließend haben Sozialpolitiker unter den Parlamentariern das Gewicht des Sozialworts eingesetzt, um eine Grundsicherung im Alter und einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht gesetzlich zu verankern. Doch die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder ist der zentralen sozialpolitischen Botschaft des Gemeinsamen Wortes nicht gefolgt. Den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit hat die Hartz-Kommission in eine falsche Richtung gelenkt. Unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus wurden systemsprengende Einschnitte in der Arbeits- und Sozialpolitik beschlossen. Die solidarischen Sicherungssysteme, die einen

Lebensstandard gewährleisten sollten, der während der Phase der Erwerbsarbeit erreicht worden war, wurden tendenziell auf das Niveau eines sozio-kulturellen Existenzminimums abgesenkt. Die Arbeitsverhältnisse wurden entregelt, so dass sich ein Niedriglohnsektor ausbreiten konnte. Die steuerpolitischen Entscheidungen erzeugten eine extreme Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung, Teile der Bevölkerung wurden vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Dagegen koppelten sich die Finanzmärkte immer mehr von der Realwirtschaft ab und lösten eine beispiellose monetäre und realwirtschaftliche Krise aus.

Ruft die Situation verwundeter Gesellschaften in Deutschland, Europa und in der Welt nach einem Neuen Gemeinsamen Wort der Kirchen? Ja, denn das Armutsrisiko ist gestiegen und die Arbeitsverhältnisse sind unsicherer geworden. Die Fixierung auf die Erwerbsarbeit hat die Arbeitszeit verlängert, das Arbeitstempo erhöht, Zeitnot und psychische Schäden vermehrt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird einzig den Frauen aufgeladen, nicht den Männern. Eine demokratische solidarische Sicherung, die gesellschaftliche Risiken auch für diejenigen abfedert, die privat nicht vorsorgen können, steht noch aus. Wie eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft mit alternativen Verkehrs- und Energiesystemen aussieht, ist nicht klar erkennbar. Die Irrationalität eines spekulativen Finanzkapitalismus metastasiert von der durch ihn ausgelösten Immobilien- und Bankenkrise zur Verschuldungskrise europäischer Staaten. Die Regierungen lassen sich erpressen, Gläubiger und Banken zu schonen, während sie Folgelasten der Finanzspekulation auf die Allgemeinheit abwälzen.

Wie groß sind die Chancen, dass ein Neues Sozialwort, das erstens ökumenisch und zweitens mit einer breiten Beteiligung der kirchlichen Basis und verbündeter gesellschaftlicher Akteure entsteht? Welche gesellschaftlichen und kirchlichen Verhältnisse stehen dem entgegen? Ich möchte einen vierfachen Blick auf den gegenwärtigen Kontext eines Neuen Sozialworts im Entstehen werfen und versuchen, die „Zeichen der Zeit“ zu sehen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten.

1. Der Staat in Geiselhaft

Die Bundeskanzlerin hat nach der ersten Bankenrettung bemerkt, es dürfe nicht sein, dass eine Bank die Regierung noch einmal erpressen kann. Leider ist die Bankenrettung kein einmaliges Ereignis gewesen, wie der Staat von Industriekonzernen und Großbanken als kooperative Geisel in Anspruch genommen wurde. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts fragte der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf-E. Breuer, ob die Finanzmärkte nicht die 5. Gewalt in der Demokratie seien. Denn die millionenfachen täglichen Entscheidungen der Kapitalgeber würden bessere Signale dazu liefern, was vernünftige Politik sei, als die vierjährigen Parlamentswahlen. Es wäre eigentlich nicht schlecht, wenn die Regierungen sich in das Schlepptau der Finanzmärkte nehmen ließen und sich für eine Wirtschaftspolitik entschieden, die möglichst wenig Umverteilung praktiziert, die Gewerkschaften in Schach hält und Löhne, Steuern sowie Lohnnebenkosten senkt. Dem Druck der Finanzeliten haben die Regierungen nachgegeben, indem die solidarischen Sicherungssysteme tendenziell der privaten Vorsorge überantwortet, die Arbeitsverhältnisse entschert und die Kapitalmärkte liberalisiert worden sind.

Der Sozialstaat, der in einen Wettbewerbsstaat mutiert ist, begreift sich als „Territoriumsunternehmer“. Er strebt das Ziel an, die globale Wettbewerbsposition des Landes zu verbessern und die heimische Bevölkerung fit zu machen, sich global zu behaupten.

Die Regierungen in repräsentativen Demokratien verstehen sich immer weniger als Hüter des allgemeinen Interesses, der die privaten Interessen zurückdrängt, sondern als Knoten in einem Netzwerk politischer Eliten, das aus staatlichen Organen sowie wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gebildet wird, ohne die Bevölkerung an den Entscheidungen aktiv zu beteiligen. Regieren heißt für uns Moderieren, hatte Gerhard Schröder seinerzeit seine Aufgabe als Kanzler erläutert.

Die Verflechtung zwischen der deutschen Regierung und den Industriekonzernen und Banken ist wiederholt aufgedeckt worden. Angestellte von Unternehmen hatten im Wirtschafts- und Finanzministerium Büros und waren dort daran beteiligt, jene Gesetze vorzubereiten, von denen sie selbst betroffen waren. Minister wechseln nach Beendigung ihrer Amtszeit unmittelbar in solche Firmen, die ihren Ressorts nahestehen. Mehrmals wurden die Regierungen genötigt, die Gläubiger und Banken vor der Insolvenz zu bewahren, während die Kosten der Schäden, die jene Investoren verursacht hatten, auf die Allgemeinheit abgewälzt wurden. Die Abwrackprämie wurde von der Autoindustrie und der IG Metall erpresst, einige Komponenten der so genannten Arzneimittelreform von der Pharmaindustrie. Der Energiekonsens, der die Marktmacht der vier Konzerne festigt, wurde der schwarz-gelben Koalition ebenso aufgenötigt wie die steuerliche Begünstigung der Aluminiumhütten. Pharaonenprojekte wie Stuttgart 21 sind aus der Gemengelage von Deutscher Bahn und den Verkehrsministern des Bundes und des Landes Baden-Württemberg entwickelt worden.

Allerdings ist auch zu sehen, wie die staatlichen Organe in der Exekutive, Legislative und Justiz in der Lage sind, sich wechselseitig zu korrigieren. Bemerkenswert waren die Interventionen des Bundesverfassungsgerichts gegen die schrankenlose Ladenöffnung an den Adventssonntagen, die Speicherung personenbezogener Daten auf Vorrat und die Verletzung des sozialen Grundrechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum von Hartz IV-Empfängern.

2. Die Wirtschaft im „Weiter so!“

„Raubt es Ihnen nicht den Schlaf, wenn Sie daran denken, was Sie angerichtet haben?“, fragte der Chefermittler im US-amerikanischen Untersuchungsausschuss zur Bankenkrise. Ein ehemaliger Manager antwortete: „Wir sind nicht verantwortlich, wirklich nicht. Sorry for that“. Bei den Managern setzte sich schon bald die Meinung durch, dass die Finanzkrise einem Tsunami oder einem Hurrikan gleiche. „Wir sind alle irgendwie Getriebene der Märkte“, behauptete Josef Ackermann. Und abwiegelnd wurde angedeutet, dass Finanzkrisen zum Kapitalismus dazugehörten wie das Wasser zum Meer. Sie erzeugen eine innovative Dynamik, weil die leistungsstarken Unternehmen überleben, während die schwachen untergehen. Auch im Herz-

Kreislauf-System wechselten expansive und kontraktive Impulse einander ab. Oder auf den Frühling folgten die Jahreszeiten des Sommers, Herbsts und Winters, dozierte man.

„Wir sind noch mal davon gekommen!“ So lässt sich die Stimmungslage der Deutschen Ende 2010 kennzeichnen. Die Börsenkurse bewegen sich im Aufwind, die Banken scheinen stabilisiert, zumindest vollgestopft mit Zentralbankkrediten. Die Kurzarbeit hat sich bewährt. Der realwirtschaftliche Abschwung ist gestoppt, die Industrie erlebt einen rasanten Aufschwung, die Arbeitslosenzahlen gehen zurück. Politiker wännen sich gar schon auf der Schnellstraße zur Vollbeschäftigung.

Der Abschied von den marktradikalen wirtschaftsliberalen Parolen ist längst vergessen. Wie vor der Krise wird der Staat gemahnt, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zu senken. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben gilt weiterhin als ein Weg, Kosten zu senken, die Leistungskraft zu erhöhen und die allgemeine Daseinsvorsorge bürgernah anzubieten. Steuersenkungen sind wieder im Gespräch. Sparpakete, die von unten nach oben umverteilen, werden als Antwort auf die Finanzkrise propagiert. In wirtschaftsnahen Medien wird Stimmung dagegen gemacht, Sozialleistungen für Langzeitarbeitslose zu erhöhen.

Die offenen Flanken des wirtschaftlichen Aufschwungs, der die Wirtschaftsleistung auf das Niveau vor der Krise anhebt, werden heruntergespielt, dass beispielsweise eine Kredit-schwemme im Bankensystem mit einer Kreditklemme bei kleinen und mittleren Unternehmen verbunden ist, dass die Immobilien-, Finanz- und Bankenkrise in eine Verschuldungskrise europäischer Staaten metastasiert, dass die regionalen und globalen Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen nicht abgebaut oder gar beseitigt werden und dass das Armutsrisiko, die prekären Arbeitsverhältnisse und die Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung sich verfestigen oder gar zunehmen.

Allerdings sollte die finanz- und der realwirtschaftlichen Sphäre unterschiedlich beurteilt werden. Während kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere Einzel- und Familienunternehmen, meist für ihre Entscheidungen voll haften, wird an der beschränkten Haftung der Eigentümer bzw. Manager von Publikumsgesellschaften festgehalten. Genossenschaftsbanken und Sparkassen haben die Krise stabiler überstanden als die Mehrzahl der privaten Geschäftsbanken.

3. Das bürgerliche Milieu aufgeweckt

Das Gemeinsame Wort hatte auf Grund der Konsultation in den Kirchengemeinden, kirchlichen Gruppen und Verbänden die Arbeitsverhältnisse, die solidarischen Sicherungssysteme, die Umwelt, die Gleichstellung der Frauen und die internationale Verantwortung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft thematisiert. In den gesellschaftlichen Diskursen von heute scheinen dagegen bürgerliche Eliten die Deutungshoheit zu gewinnen. Damit haben sich die thematischen Gewichte der Diskurse verändert.

Bildung, Ökologie, Bürgerbeteiligung vorrangig

Die Bundeskanzlerin schwärmt unablässig und ohne Rücksicht auf die personell und räumlich chaotischen Engpässe an den deutschen Schulen von der „Bildungsrepublik Deutschland“. Die Bildung sei angeblich der Schlüssel der gesellschaftlichen Integration. Die reformpädagogischen Aufbrüche in Ganztagschulen und bei der frühkindlichen Erziehung werden politisch und kommerziell verzweckt: Ganztagschulen sollen vor allem Kinder mit Migrationshintergrund integrieren und das Erwerbspersonenpotential akademischer Frauen entbinden. Kindergärten sollen vor allem das naturwissenschaftliche und technische Potential sowie die Lesefähigkeit hochtechnischer Geräte einüben. Die dazu von der Bundesagentur gelieferten Bildungsgutscheine versprechen ein warmes Mittagessen und das Instrumentenspiel in der Schule, auch wenn die räumlichen und personellen Verhältnisse dies kaum zulassen. Die schwarz-gelbe Koalition will offensichtlich einen ehrgeizigen Wettlauf der Kinder und noch mehr ihrer Eltern um Bildungschancen entfesseln.

Das ökologische Anliegen, das als Generalthema des 21. Jahrhunderts angekündigt worden war, scheint eine elementare Mobilisierungskraft zu entfalten. Die beeindruckenden Aktionen gegen die Castor-Transporte sind Teil der Massenproteste gegen die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Die rasant gewachsene Zustimmung zur Partei der Grünen, die im Hinblick auf das Umweltthema eine Bewegungspartei geblieben sind, insofern sie sich an Demonstrationen beteiligen und gleichzeitig eine Regierungsbeteiligung anstreben oder auf kommunaler Ebene bereits mitregieren, drückt aus, dass das öffentliche politische Interesse dominant grün geworden ist. Nachhaltigkeit ist zum politischen und unternehmerischen Zauberwort geworden.

Das so genannte Zeitalter der Postdemokratie, der fast ausschließlichen Herrschaft der repräsentativen Akteure, wird durch die Vielfalt und Reichweite des Bürgerprotests durchkreuzt. Die Expertenmacht jener von den Regierungen eingesetzten Kommissionen, Berater, Beauftragten, Ombudsmänner und Sachverständigen, auf die überforderte Politiker ihre Verantwortung für das Gemeinwohl abwälzen, erzeugt partikuläre und selektive Sozialtherapien, gegen die sich die Wut der Bürger richtet.

Gerechtigkeit und Solidarität im Schatten

Das Gemeinsame Wort von 1997 trug die Überschrift: „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“. Der Herbst der Entscheidungen, den die schwarz-gelbe Koalition ausgerufen hat, bietet so genannte Reformprojekte an, die den Grundsatz der Solidarität – der Beitrag der entspricht der Leistungsfähigkeit, der Hilfeanspruch dem Bedarf – schwächen. Dagegen wird die Äquivalenz von individuellem Eigenbeitrag und dem Leistungsanspruch gestärkt. Anders sind die angeblichen Reparaturen bei Hartz IV, im Gesundheitswesen und in der Pflegeversicherung kaum zu begreifen.

In der gesellschaftlichen Öffentlichkeit spielen – außer dem in Umfragen gefühlten Schwund der Gerechtigkeit – die sozialen Bruchlinien, also die Schiefelage der Einkommens- und Vermögens-

verteilung, die föderale Ungleichheit der Lebensverhältnisse, die öffentliche Armut und der gleichzeitig existierende private Reichtum, die Überbewertung der Industriearbeit und die Abwertung der Arbeit an den Menschen eine nachgeordnete Rolle. Die Medien richten ihre gebündelte Aufmerksamkeit auf die Umweltproteste, die SPD verharrt in einem Tief der Zustimmung von Wechselwählern. Das gespannte Verhältnis zwischen der SPD und der Partei Die Linke scheint von den etablierten Repräsentanten der Bundes-SPD nicht bewältigt zu werden. Die Sozialverbände in der CDU/CSU wirken bei der politischen Willensbildung der Partei bedeutungslos.

Gewerkschaften paralyziert

Seit mehreren Jahren sieht es so aus, als hätten sich die großen Gewerkschaften damit zufrieden gegeben, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, ihnen mit individueller Beratung zu dienen und bescheidene Lohnforderungen durchzusetzen. Gleichzeitig konnte der Eindruck entstehen, als hätten sie sich davon verabschiedet, als gesellschaftlicher Ordnungsfaktor aufzutreten und sich – über die Betriebsverfassung und den Schein einer unternehmerischen Mitbestimmung hinaus – für eine weitere Demokratisierung des Kapitalismus, für die weltweite Anerkennung der Menschenrechte zu engagieren und die Dimension der internationalen Gewerkschaftssolidarität zu vertiefen. Dieser Blick auf die Begleitung und Beratung der Mitglieder hat möglicher Weise dazu geführt, dass ihnen ein Teil ihrer gesellschaftlichen Deutungshoheit verloren gegangen ist, dass sie auf dem Höhepunkt der Finanzkrise öffentlich kaum in Erscheinung getreten sind, dass das politische Krisenmanagement weithin unter Ausschluss der Gewerkschaften stattfand.

Allerdings ist den Gewerkschaften in Kooperation mit den Arbeitgebern und dem Staat die Regelung der Kurzarbeit gelungen. Die Einzelgewerkschaften sind in der Krise

Rente mit 67, die Demontage der solidarischen Krankenversicherung, die Tricks bei den Regelsätzen des Arbeitslosengelds II – sollte man zu einem politischen Streik, zu einem Generalstreik aufrufen. Dass ein früherer Bundesarbeitsrichter ihn als verfassungswidrig verurteilt habe, sei längst kein Argument, sich einem solchen Verbot zu beugen. Schließlich bleibe unverständlich, warum nicht längst, nachdem selbst Regierungsvertreter den abhängig Beschäftigten Lohnerhöhungen zugestehen, von Gewerkschaftsseite Druck gemacht worden sei, solche zu fordern und durchzusetzen. Zwar blieben Gewerkschaften, die in der aktuellen Situation höhere Lohnforderungen stellen, zahnlose Tiger, wenn sie nicht durch einen gesetzlichen Mindestlohn, eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Arbeitsministerin und eine gesetzliche Gleichstellung der Leiharbeiterlöhne mit denen der Stammbeschaft flankiert werden, aber dennoch sollte es das erste Ziel der Gewerkschaftsbewegung bleiben, die eigene, nicht abgeleitete Kampfkraft in einem und durch einen harten Tarifkonflikt zu erhöhen.

4. Die Kirche an sich selbst interessiert

Für die katholische Kirche war 2010 ein schwarzes Jahr. Die sexuellen und gewalttätigen Übergriffe kirchlicher Amtsträger an Kindern und Jugendlichen verbunden mit der Mixa-Affäre hat die Gemeinden schwerer erschüttert als die Krise um die Enzyklika Papst Pauls VI.: „Humanae vitae“ oder die Versöhnungsgeste des Papstes gegenüber der Pius-Bruderschaft verbunden mit dem Friedensangebot gegenüber jenem Bischof, der den Holocaust leugnet.

Die Kirchenleitungen in Deutschland scheinen gelähmt, um auf diese Vergehen, die nicht nur ein katholisches „Gschmäcke“ haben, sondern katholische Systemfehler aufdecken, angemessen zu reagieren. Die Bischöfe verschieben eine angekündigte gemeinsame öffentliche Stellungnahme, sind nur zu einem geringen Teil an einem Zukunftsgespräch zwischen Bischofskonferenz und Zentralkomitee der Katholiken interessiert, legen den Hauptakzent ihrer Reaktion auf dogmatische Reflexionen über eine „sündige Kirche“ und eine spirituelle Erneuerung. Sie verweigern wie schon mehrmals in der Vergangenheit eine ergebnisoffene Diskussion über Defizite der historisch gewachsenen Kirchenverfassung.

Unbehagen, Unruhe, Widerstand und Protest in den Gemeinden, kirchlichen Verbänden und bei Geistlichen an der Basis richten sich auf vier Punkte: Erstens sei die Männermacht, die sich in geschlossenen Milieus, unter einem pädagogischen Deckmantel, umgeben mit religiöser Aura ausgebreitet hat, einzugrenzen. Zweitens sollte die verkrampte, unterdrückte und fossile Sexualmoral einer radikalen Revision unterzogen werden. Drittens sollte die strukturelle Kopplung einer partnerschaftslosen Lebensform, die nicht selten widerwillig übernommen wird, von der Berufung zu einem geistlichen Amt in der Kirche gelöst werden. Viertens sollten Frauen zu allen kirchlichen, auch weihebasierten Entscheidungskompetenzen zugelassen werden. Und fünftens sind die historisch gewachsenen Elemente einer absolut monarchischen Kirchenverfassung zu beseitigen. Es spricht vieles dafür, dass Pfarrer von der Gemeindeversammlung gewählt werden, Bischöfe vom Diözesanrat, Päpste von den Delegierten einer Weltversammlung – und zwar auf Zeit.

Ein Teil des Unbehagens und der Unruhe im Kirchenvolk richtet sich auf die Beschäftigung der Kirchenleitungen mit sich selbst und dem Erhalt ihrer unkontrollierten Entscheidungsmacht. Sie sorgen sich vorrangig um die sinkenden Einnahmen aus der Kirchensteuer, die sinkende Zahl und den Austritt der Kirchenmitglieder sowie die sinkende Zahl der Priesteramtskandidaten. Die erste Schlussfolgerung, die einer solchen Mentalität folgt, sind rigide Sparbeschlüsse. Diese richten sich nicht gegen das kirchliche „Kerngeschäft“, die Spiritualität und die Liturgie, auch nicht gegen die Pflege einer verfestigten katholischen Identität gegenüber anderen Konfessionen, sondern in erster Linie gegen die Einrichtungen, die an der Nahtstelle von Kirche und Gesellschaft angesiedelt sind. Eine zweite Schlussfolgerung besteht darin, die Zahl der Gemeinden entsprechend der Zahl der verfügbaren Priester zu vergrößern, Gemeinden gemäß diesem Kriterien zusammenzulegen und daraus pastorale Großräume zu schaffen. Gleichzeitig spüren die Bischöfe, dass das Sonderarbeitsrecht der Kirchen, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weniger Rechte als in der gewerblichen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst gewährleistet, brüchig wird. Denn Krankenhäuser, Verbände und caritative Einrichtungen, die dem Weisungsrecht des Bischofs nicht unmittelbar unterstehen, sind dabei, die Sphäre des so genannten Dritten Wegs zu verlassen. Die finanziellen und pastoralen Beschlüsse sind meist unter Ausschluss des Kirchenvolkes getroffen worden und lösen in den Kirchengemeinden, kirchlichen Gruppen und Verbänden eine wachsende Distanz zu den Kirchenleitungen aus. Dies führt in der katholischen Kirche tendenziell zu einem vertikalen Schisma. Einzelne Katholiken regen bereits an, angesichts der Selbstlähmung der Bischofskonferenz eine Laiensynode einzuberufen und zu veranstalten.

Resümee

Ein Gemeinsames Sozialwort im Jahr, das durch gewichtige Wahlentscheidungen in mehreren Bundesländern gekennzeichnet ist, hat zahlreiche Argumente für sich. Die gesellschaftliche Situation fordert die Kirchen heraus. Sie könnten eine Antwort darauf versuchen. Es würde eine Sternstunde der Kirchen werden. Aber aus der Sicht der katholischen Kirche stehen die Chancen eines Gemeinsamen Wortes nicht besonders gut. Die Sensibilität unter Katholiken, Sanitäts- und Samariterdienste in einer verwundeten Gesellschaft zu leisten, ist stark ausgeprägt. Nicht ebenso stark ist der Sinn für strukturelle Reformen in der Sphäre der Wirtschaft, der Politik und der Kirche entwickelt. Außerdem müssten für das Projekt eines Neuen Sozialwortes Bündnispartner in den kirchlichen Gemeinden, Gruppen und Verbänden gefunden werden. Aber wo sind die ihnen nahe stehenden gesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen, die mitmachen würden? Wäre ein dezentrales Engagement einem zentralen Projekt vorzuziehen? Jugendliche könnten sich vermutlich anstelle eines Sozialwortes einen bundesweiten „Aktionstag für soziale Gerechtigkeit“ vorstellen, der medienverstärkt in den zentralen Städten eines Bistums veranstaltet wird – mit Musikgruppen, Interviews, Podiumsgesprächen, Informationsständen und thematischen Gottesdiensten, die sternförmig angefahren oder angegangen werden.